	um durchschnittlich
Markenporzellan (Reichenbach und Weimar).....	16%o,
Koffernähmaschinen „Mewa“ ..	13%o.

§ 2

Im Handelsnetz des Staatlichen Großhandels, der Staatlichen Handelsorganisationen (HO), des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften und des privaten Groß- und Einzelhandels sind die Preise wie folgt zu senken:

a) für Genußmittel	um durchschnittlich
Spirituosen	50%,
Bier	10%,
Schwarzer Tee	50%;
b) für Industriewaren	
Baumwollgewebe, auch konfektioniert (Haushaltwäsche)	25%,
Leinengewebe, auch konfektioniert (Haushaltwäsche).....	20%,
Streichgarngewebe, wollhaltig ..	15%,
Gardinen aus Baumwollgewebe ..	25%,
Gardinen aus Zellwollgewebe ..	20%,
Uhren und Wecker.....	25%,
Schreibmaschinen	30%,
Brennspiritus	40%,
Alkohol für kosmetische Zwecke 79%, alkoholhaltige kosmetische Erzeugnisse in entsprechendem Verhältnis.	

§ 3

Das Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik wird beauftragt, dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften und dem privaten Groß- und Einzelhandel die durch die Preisherabsetzungen entstehenden Differenzen zurückzuerstatten.

§ 4

Das Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik wird beauftragt, entsprechende Preisregelungen zu erlassen.

§ 5

Um die dieser Verordnung entsprechenden Preisherabsetzungen auch für die Bevölkerung im Demokratischen Sektor von Groß-Berlin zu ermöglichen, werden dem Demokratischen Magistrat von Groß-Berlin die erforderlichen Warenmengen zur Verfügung gestellt.

§ 6

(1) Verstöße gegen diese Verordnung werden nach § 9 der Wirtschaftsstrafverordnung vom 23. September 1948 (ZVOB1. S. 439) bestraft, soweit nicht nach anderen Bestimmungen höhere Strafen verwirkt sind.

(2) Wer die Versorgung durch Spekulation schädigt, wird nach den hierfür geltenden besonderen

Bestimmungen bestraft.

§ 7

Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erlassen das Ministerium für Handel und Versorgung und das Ministerium der Finanzen der deutschen Demokratischen Republik.

§ 8

Diese Verordnung tritt am 9. Dezember 1951 in Kraft.

Berlin, den 7. Dezember 1951

Die Regierung

der Deutschen Demokratischen Republik

Der Ministerpräsident	Ministerium für Handel und Versorgung
Grotewohl	Dr. Hamann
	Minister

Verordnung über die Neufestsetzung der Entschädigung für Zeugen, Schöffen und Geschworene.

Vom 7. Dezember 1951

§ 1

§ 2 Abs. 1 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Dezember 1925 (RGBl. I S. 471) erhält folgende Fassung:

„Der Zeuge erhält eine Entschädigung für die erforderliche Zeitversäumnis im Betrage von 0,50 DM bis zu 2,50 DM für jede angefangene Stunde.“

Die Allgemeine Verfügung vom 26. Mai 1941 betreffend Zeugengebühren (Dt. Justiz S. 630) ist nicht mehr anzuwenden.

§ 2

§ 1 Satz 1 der Verordnung vom 18. März 1924 über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen (RGBl. I S. 282) in der Fassung der Zweiten Verordnung vom 22. Dezember 1925 (RGBl. I S. 476) erhält folgende Fassung:

„Schöffen und Geschworene erhalten als Entschädigung für den ihnen durch ihre Dienstleistung entstehenden Verdienstaufschlag für jede angefangene Stunde der durch die Dienstleistung versäumten Arbeitszeit einen Betrag von 0,50 bis zu 2,50 DM.“

§ 3

Die Verpflichtung der Justizverwaltung zur Leistung der Entschädigung gemäß §§ 1 und 2 tritt nicht ein, wenn der Zeuge, Schöffe oder Geschworene aus einem Arbeitsverhältnis einen Anspruch auf Weiterzahlung seiner Bezüge hat.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Die Berechnung der Entschädigung nach den Vorschriften der §§ 1 und 2 dieser Verordnung findet auch in denjenigen Fällen statt, in denen bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung entstandene Ansprüche auf Entschädigung noch nicht abgegolten sind.

Berlin, den 7. Dezember 1951

Ministerium der Justiz

Fechner
Minister